

Der Titel verspricht mehr, als ich in dem kurzen Beitrag zu halten vermag; es wäre sicherlich nicht abwegig, vom Autor eine Erörterung über die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen ökologischen Bauens und Wohnens etwa zu verlangen, daß er nach einer Skizzierung der wesentlichen Elemente einer ökologischen Wirtschaftspolitik daranginge, die wirtschaftspolitischen Instrumente und Maßnahmen im einzelnen zu begründen und ihre Auswirkungen auf den Bausektor und Wohnformen im einzelnen zu erörtern. Ich will es jedoch dem Leser überlassen, die Verbindungslinien zwischen ökologischer Wirtschaftspolitik und ökologischem Bauen und Wohnen im großen und ganzen selbst zu ziehen und mich darauf beschränken, die wesentlichen Elemente einer ökologischen Wirtschaftspolitik zu skizzieren. Diese Skizze ist ein erster, unabdingbarer Schritt für eine umfassendere Erörterung des Themas, nicht mehr und nicht weniger. So sehr beide Themengebiete jeweils für sich genommen sich größter Aufmerksamkeit erfreuen, so fehlen doch gründlichere Analysen der Interdependenzen zwischen ökologischer Wirtschaftspolitik einerseits, ökologischem Bauen und Wohnen andererseits. Es ist ja nicht einmal hinreichend klar, durch welche Merkmale Bauen, Wohnen und Wirtschaften sich eindeutig als ökologisch auszeichnen. In beiden Fällen, so scheint es, rückt die ökologische Idee nur zu oft in die Rolle eines Wundermittels, das die Befreiung von den Fehlern der Vergangenheit und einen Ausweg aus all den Problemen, in welche die bisherige Bau-, Wohnungs- und Wirtschaftspolitik geführt hat, verspricht. Wenn ich im folgenden versuche, die Grundpositionen einer ökologischen Alternative in der Wirtschaftspolitik (genauer: der Arbeitsmarktpolitik) aufzuzeigen, dann weiß ich sehr wohl, daß schon die Wortverbindung: „ökologische Alternative“ eher eine sprachliche Verlegenheit zum Ausdruck bringt, denn eine präzise Bezeichnung für eine „neue“ Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Aus der Natur lassen sich keine Richtlinien für die Politik gewinnen und *Naturerhaltung* ist in mehr als einer gesellschaftlichen Form möglich. Die Erhaltung der Vielfalt der Arten ist eine *kulturelle* Norm und oft gehörte Vorstellung wie „Kreislaufwirtschaft“, „natürliches Gleichgewicht“ sind teils sehr problematisch, teils sagen sie nichts Gehaltvolles über die konkrete Organisation des Wirtschaftslebens aus.

Ich werde mich der so eingegrenzten Aufgabe, die Grundpositionen einer ökologischen Alternative der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik anzugeben, in vier Schritten entledigen:

Erstens möchte ich klarlegen, *wozu* die ökologische Alternative eine Alternative ist; *zweitens* möchte ich verdeutlichen, *worin* die wesentlichen wirtschaftspolitischen Elemente einer ökologischen Alternative bestehen; *drittens* möchte ich präzisieren, *worin* die ökologische Alternative *ökologisch* ist; und *viertens* schließlich möchte ich in ein paar Worten deutlich machen, durch welche programmatischen Grundzüge die geschilderte Alternative *alternativ* ist.

Zunächst einmal beanspruchen ökologische Positionen, eine Antwort auf die Wachstumskrise der industriell-kapitalistischen Gesellschaften zu geben. Bezogen auf die Arbeits- und Berufswelt enthält diese Krise drei Aspekte: einen Mangel an Arbeitsgelegenheiten, das Scheitern der Vollbeschäftigungspolitik und der zunehmende Verlust des Sinns der Arbeit.

Joachim Berger

Wirtschaftspolitische Voraussetzungen ökologischen Bauens und Wohnens

Der Mangel an Arbeitsgelegenheiten betrifft das ökonomische System der Gesellschaft, das Scheitern politischer Anstrengungen, Vollbeschäftigung herzustellen, das politische System und die Bedrohung des Sinns der Arbeit durch ein Angebot von Arbeitsplätzen, auf denen entweder die Ausübung beruflichen Könnens verunmöglicht wird oder die in Produktionszweigen lokalisiert sind, deren gesellschaftlicher Sinn umstritten ist, betrifft das kulturelle System der Gesellschaft. In einer Formel zusammengefaßt: Arbeitsgelegenheiten werden zunehmend knapper, Wachstumspolitiken vermögen diese Knappheit nicht mehr aufzufangen (sie steigern sie eventuell nur noch) und fortdauernde Rationalisierung sowie die Abtrennung der Arbeitenden von einer Einflußnahme auf das Produkt ihrer Arbeit stellt den Sinn dieser Arbeit (Selbstverwirklichung im Beruf) auf den verbleibenden Arbeitsplätzen in Frage.

Anhaltende und noch weiter ansteigende Massenarbeitslosigkeit, Stagnation und in einem Wandel der Arbeitswerte sich ausdrückende Zweifel am Sinn der Arbeit bezeugen, daß die Grundlagen der Wachstumsgesellschaften der Nachkriegszeit sich in einer tiefen Krise befinden, welche die konjunkturelle Dynamik aneinander ablösender Aufschwungsphasen übersteigt. Krisen, verstanden als Herausforderung und Infragestellung der institutionellen Struktur einer Gesellschaftsordnung, sind Phasen beschleunigten und verdichteten sozialen Wandels. Die westlichen Industriegesellschaften befinden sich heute in einer solchen Phase krisenhaften sozialen Wandels, die entweder auf ein neues Stadium der kapitalistischen Entwicklung hindeutet, dessen tragendes Muster noch ungewiß ist, oder sogar auf einen säkularen Bruch, bei dem mehr auf dem Spiel steht als die Ablösung eines alten und die Einleitung eines neuen Stadiums der kapitalistischen Entwicklung. Gleich ob die gegenwärtige Krise in einen säkularen Rahmen gestellt oder im Rahmen einer Theorie der Stadien der kapitalistischen Entwicklung analysiert wird, auf politischer Ebene zeichnen sich heute vier Antworten auf die Herausforderung durch die ökonomische, politische und kulturelle Krise ab: eine marktwirtschaftliche, eine etatistische, eine korporativistische und ökologische. Welche Richtung und welcher Mix von Richtungen des Umbaus der institutionellen Struktur sich durchsetzt, läßt sich heute nicht mit Sicherheit sagen. Am wahrscheinlichsten erscheint mir eine Spielart des korporativistischen Umbaus der Gesellschaft, mit Abstand am unwahrscheinlichsten die ökologische Restrukturierung. Ich gebe im folgenden nur knappe, nur die Ökonomie betreffende Stich-

worte zu den einzelnen Restrukturierungsrichtungen, um zu verdeutlichen, mit welchen politischen Strategien eine ökologische Alternative konkurriert.

a) Die marktwirtschaftliche Lösung: die krisenanalytischen Stichworte lauten: Ressourcenüberlastung durch Auseinanderklaffen von Anspruchsmentalität und wirtschaftlichen Möglichkeiten, Kostenüberlastung der privaten Wirtschaft, Einschränkung privater Entscheidungsmöglichkeiten. Der Ausweg soll liegen in Kostenentlastung und dadurch herbeigeführter Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen, De-Regulierung der Ökonomie, „vertrauensbildende Maßnahmen“ im Rahmen einer „angebotsorientierten“ Politik, insgesamt also einer Befreiung des Marktes vom Alldruck aus Gewerkschaftsmacht und staatlicher Einmischung („die Wirtschaft muß wieder durchatmen können“).

b) Die sozialdemokratisch-etatistische Lösung der Krise durch mehr Verstaatlichung. Da die Ursache der wirtschaftlichen Krise im Marktversagen liegt und nicht bei der Einschränkung der Marktwirtschaft durch staatliche Regulierung, kann ihre Überwindung auch nicht in einer gesteigerten Privatisierung, sondern nur umgekehrt in der Richtung der Verstaatlichung gesucht werden. Investitionslenkung, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Wirtschaftsplanung etc. lauten hier die die Richtung der Restrukturierung anzeigenden Stichworte. Vertreten wird ein solches Programm von „traditionssozialistischen“ Kräften in der SPD und den Gewerkschaften, der Memorandumgruppe, orthodoxen Kommunisten etc.

c) Die neo-korporativistische Lösung. Weder durch mehr Markt noch durch mehr Staat allein, sondern durch die Beteiligung „intermediärer“ Organisationen wie der großen Verbände des Arbeitsmarktes kann der durch den Ölpreisschock, Verwerfungen der internationalen Weltwirtschaft etc. bedingte Strukturwandel der Wirtschaft bewältigt werden. Die fetten Jahre sind vorüber. Im „Modell Deutschland“ sollen die kommenden mageren Jahre durch eine politische in Kauf genommene und kontrollierte *Spaltung* durchstanden werden. Der Kern der Wirtschaftspolitik besteht darin, die Weltmarktposition des westdeutschen Kapitals zu stärken. Aber nicht alle Teile der Volkswirtschaft können sich in der harten Weltmarktkonkurrenz behaupten. Der möglicherweise aufkeimende Protest der herausgedrängten Arbeitnehmergruppen soll einerseits durch sozialstaatliche Leistungen abgefangen werden oder durch das Angebot von Alternativrollen in Familie und Haushalt, erweiterten Bildungsphasen, vorgezogenen Altersruhephasen etc. unschädlich gemacht